

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Adelheid Tröscher, Friedhelm Julius Beucher, Lothar Mark, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/3128 –**

Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Carsten Hübner, Dr. Barbara Höll, Heidi Lippmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2263 –**

Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba im Jahr 2000

A. Problem

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3128 – bringt zum Ausdruck, dass es nicht ausreiche, lediglich Defizite in den demokratischen, menschlichen und rechtsstaatlichen Bereich Kubas festzustellen. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit könne und solle zu Veränderungen beitragen. Die verstärkte Einbeziehung Kubas in die internationale und europäische Zusammenarbeit werde über einen Wandel durch Annäherung die Verhältnisse verbessern.

B. Lösung

Der Ausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Annahme des an einigen Stellen veränderten Antrags in der Drucksache 14/3128 empfohlen.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags in der Drucksache 14/3128 oder Annahme des Antrages der Fraktion der PDS in der Drucksache 14/2263.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag – Drucksache 14/3128 – mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert, anzunehmen:

1. Abschnitt I letzter Absatz, wird wie folgt gefasst:

Die Aufnahme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba geschieht auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunktes der EU, der zuletzt im Juni 2000 erneuert wurde und der eine Neubestimmung des Verhältnisses der EU zu Kuba unter der französischen Ratspräsidentschaft vorsieht.

2. Abschnitt II Nr. 8 lautet nunmehr:

Nach der Vereinbarung mit Kuba über die Lösung der Schuldenfrage die Möglichkeit der Übernahme von Ausfuhrleistungsgarantien des Bundes (so genannte Hermes-Bürgschaften) zu nutzen.

3. Abschnitt II Nr. 9 erhält folgenden Wortlaut:

Im Hinblick auf einen anzustrebenden kubanischen Antrag auf eine volle Mitgliedschaft im Lomé-Folgeabkommen gegenüber der kubanischen Regierung die Verbesserung der Menschenrechtslage anzunehmen.

b) den Antrag – Drucksache 14/2263 – abzulehnen.

Berlin, den 19. September 2000

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Adelheid Tröscher
Berichterstatterin

Klaus-Jürgen Hedrich
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Adelheid Tröscher, Klaus-Jürgen Hedrich, Hans-Christian Ströbele, Joachim Günther (Plauen) und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba“ – Drucksache 14/3128 – in seiner 106. Sitzung am 19. Mai 2000 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Tourismus und nachträglich in seiner 114. Sitzung am 6. Juli 2000 an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Den Antrag der Fraktion der PDS „Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba im Jahr 2000“ – Drucksache 14/2263 – hat er in seiner 90. Sitzung am 24. Februar 2000 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Der **Haushaltsausschuss** hat über den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba“ – Drucksache 14/3128 – in seiner Sitzung am 5. Juli 2000 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 28. Juni 2000 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, dem Plenum die Annahme des Antrages vorzuschlagen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner Sitzung am 5. Juli 2000 über den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. die Annahme des Antrags empfohlen. Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Anträge in seiner Sitzung am 11. Oktober 2000 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der F.D.P. die Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3128 – empfohlen. Den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/2263 – hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über die Anträge in den Drucksachen 14/3128 und 14/2263 in seiner Sitzung am 5. Juli 2000 beraten.

Die Fraktion der SPD brachte zum Ausdruck, dass die politischen Rahmenbedingungen in Kuba in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat nach wie vor verbesserungsbedürftig seien. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeige jedoch, dass die bisherige Politik der Isolierung Kubas keine positiven Veränderungen in der Politik und der Gesellschaft Kubas herbeigeführt habe. Es reiche nicht, lediglich Defizite in den demokratischen, menschenrechtlichen und rechtstaatlichen Bereichen zu konstatieren. Die einzig erfolgversprechende Politik gegenüber Kuba sei Wandel durch Zusammenarbeit. Eine verstärkte Einbeziehung Kubas in die internationale und europäische Zusammenarbeit dürfte sich mittel- bis langfristig positiver auswirken und die Verhältnisse in Kuba verändern. Diesen Ansatz wolle die Fraktion der SPD durch den von ihr vorgelegten Antrag in der Drucksache 14/3128 unterstützen. Wegen der in der letzten Zeit stattgefundenen Veränderungen, auch als Folge des Besuches von Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, in Kuba beantrage die Fraktion der SPD den Wortlaut des Antrags an einigen Stellen zu verändern:

1. Abschnitt I, letzter Absatz, solle wie folgt gefasst werden:

Die Aufnahme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba geschieht auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunktes der EU, der zuletzt im Juli 2000 erneuert wurde und der eine Neubestimmung des Verhältnisses der EU zu Kuba unter der französischen Ratspräsidentschaft vorsieht.

2. Abschnitt II, Nr. 8, solle nunmehr lauten:

Nach der Vereinbarung mit Kuba über die Lösung der Schuldenfrage die Möglichkeit der Übernahme von Ausführungsgewährleistungen des Bundes (so genannte Hermes-Bürgschaften) zu nutzen.

3. Abschnitt II, Nr. 9, solle nun folgenden Wortlaut haben:

Im Hinblick auf einen anzustrebenden kubanischen Antrag auf eine volle Mitgliedschaft im Lomé-Folgeabkommen gegenüber der kubanischen Regierung die Verbesserung der Menschenrechtslage anzumahnen.

Die Fraktion der SPD beantragte, dem Antrag in der Drucksache 14/3128 in der geänderten Fassung zuzustimmen und den Antrag in der Drucksache 14/2263 abzulehnen.

Die Fraktion der CDU/CSU erklärte, auch sie halte es für richtig, alle Möglichkeiten zu nutzen, um diktatorische und totalitäre Systeme u. a. durch Diskussion zu beeinflussen. Zwar sei fraglich, ob dies bei Fidel Castro gelingen werde, aber es werde auch ein Kuba nach Fidel Castro geben.

Kritisch anzumerken bleibe, dass keines der fünf Kriterien für den Einsatz von Instrumenten und Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit von Kuba erfüllt sei. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, dass die frühere Bundesregierung die Entwicklungszusammenarbeit nicht in der Form aufgenommen habe, dass der Staat unterstützt worden sei, sondern dass ver-

stärkt auf Nichtregierungsorganisationen gesetzt worden sei. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung habe ausdrücklich bestätigt, dass sich die Menschenrechtslage verschlechtert habe. Es finde keine wirkliche marktwirtschaftliche Öffnung statt. Die Beteiligungsprozesse der Bevölkerung ließen zu wünschen übrig. Aus diesem Grunde werde die Fraktion der CDU/CSU sowohl die Annahme des Antrags in der Drucksache 14/3128 als auch die des Antrags in der Drucksache 14/2263 ablehnen.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ausgeführt, sie halte die Veränderung der Politik gegenüber Kuba durch die neue Bundesregierung und die Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für sehr wichtig. Die Politik des Dialoges erscheine ihr als die einzig denkbare. Die Politik der früheren Bundesregierung Kuba betreffend sei zu sehr an der Politik der USA orientiert gewesen. Die politische Situation in Kuba hängt zum Teil auch damit zusammen, dass das Land einer jahrzehntelangen Isolation und einem Embargo nicht nur seines nächsten Nachbarn USA, sondern auch vieler weiterer Länder ausgesetzt gewesen sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte es deshalb für richtig, den Dialog mit Kuba zu suchen und die Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Die Fraktion der F.D.P. erklärte, dass sie die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba wünsche, weil hinter Fidel Castro eine junge Generation heranwache, die

viel schneller einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Weg einschlagen werde, als sich dies mancher vorstellen könne. Der beginnende Umdenkungsprozess in Kuba sei in vieler Hinsicht zu spüren. Nach der Auffassung der Fraktion der F.D.P. sei es wichtig, das Embargo aufzuheben. Zugleich müsse man aber, was die Entwicklungszusammenarbeit mit einem Land wie Kuba angehe, realistisch bleiben.

Die Fraktion der PDS führte aus, dass sie die Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba befürworte, dies mache ihr Antrag deutlich. Dieser Antrag gehe auch etwas weiter als der der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie beantrage daher, ihrem Antrag in der Drucksache 14/2263 zuzustimmen.

Der Ausschuss stimmte dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/3128 in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU zu.

Den Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 14/2263 lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines Mitglieds der Fraktion der SPD ab.

Berlin, den 19. September 2000

Adelheid Tröscher
Berichterstatlerin

Klaus-Jürgen Hedrich
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

